

Inhalt

1-5	Im Blickpunkt <ul style="list-style-type: none"> • Bund und Länder sollten strukturschwache Städte und Regionen stärker fördern • Städte warnen vor Scheitern der Grundsteuerreform • Kommunale Finanzlage • Klimaschutz im Verkehr • Deutscher Städtetag dankt Erster Stellvertreterin des Präsidenten, Oberbürgermeisterin Barbara Bosch • Wegen Altschulden in Milliardenhöhe: Städte schlagen Alarm – Bund und Länder sollen helfen
5	Beschlüsse
6-10	Forum <ul style="list-style-type: none"> • Emden: Auf dem Weg zur intelligenten Energiestadt Von Bernd Bornemann • ADFC-Fahrradklima-Test 2018 – der Städtecheck fürs Fahrrad Von Ulrich Syberg
11-12	Aus den Städten
13	Fachinformationen
14	Personalien
16	Termine

Bund und Länder sollten strukturschwache Städte und Regionen stärker fördern

Der Deutsche Städtetag appelliert vor dem Hintergrund eines Armutsberichts der Bertelsmann Stiftung an Bund und Länder, strukturschwache Städte und Regionen stärker zu fördern. Dazu müssten zum Beispiel die Mittel der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ deutlich ausgeweitet werden.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster, erklärte nach einer Sitzung des Präsidiums in Bayreuth: „Armut zu bekämpfen, ist gerade in einem wohlhabenden Land wie Deutschland ein Muss. Die Städte engagieren sich hier mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln. Sie beteiligen sich zum Beispiel an der Finanzierung von Leistungen für Arbeitslose, Kinder und Jugendliche. Der Ausbau der Kinderbetreuung kommt auch Arbeitssuchenden, darunter vielen Alleinerziehenden zu Gute. Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund wird durch spezielle Angebote und Deutschkurse forciert.“

Die Städte können allerdings die eigentlichen Ursachen für Armut vielfach nicht lösen. Lewe forderte: „Um die Chancen auf Teilhabe zu stärken, muss ein breiter Ansatz verfolgt werden, etwa durch gute Bildung und durch eine intensive Arbeitsmarkt- und Wohnungspolitik. Außerdem ist es ein wichtiger Beitrag zur Armutsbekämpfung, wenn die Kommunen gestärkt werden. Denn die Städte, die den größten Anteil von Sozialleistungsbeziehenden in der Bevölkerung haben, haben oft die größten finanziellen Probleme. Der Städtetag erwartet deshalb von Bund und Ländern, dass strukturschwache Städte und Regionen stärker gefördert werden. Dazu sollte zum Beispiel die ‚Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur‘ ausgeweitet werden. Vor allem für die wirtschaftsnahe kommunale Infrastruktur in diesem Programm brauchen die Städte deutlich mehr Mittel, bisher stehen dafür im Bundeshaushalt jährlich nur 320 Millionen Euro zur Verfügung. Wir brauchen gleiche Zukunftschancen für alle Menschen, egal an welchem Ort sie leben. Dabei geht es um gute Bildung, soziale Teilhabe und um Leistungen der Daseinsvorsorge.“

Der am 2. April veröffentlichte Bericht zum Monitor Nachhaltige Kommune der Bertelsmann Stiftung untersucht, wie Kommunen das Thema Nachhaltigkeit sowie die Ziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen umsetzen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Der Bericht widmet sich in diesem Jahr dem Nachhaltigkeitsziel, Armut zu beenden. Armut ist in unterschiedlicher Intensität und Ausprägung in deutschen Städten präsent. Langzeitarbeitslosigkeit und hohe Wohnkosten konzentrieren sich gerade in großen Städten und steigern das Armutsrisiko. Auch leben dort mehr Menschen ohne Schul- und Berufsabschlüsse oder ausreichende Deutschkenntnisse.

Lewe sagte: „Vor allem fehlende Qualifikationen verhindern, dass Menschen eine existenzsichernde Arbeit aufnehmen können. Vielerorts fehlen auch einfache Jobs für Geringqualifizierte. Bundesweit kann nahezu jeder zweite Arbeitslose mangels Qualifikation nur Helfertätigkeiten ausüben. Allerdings entspricht nur jeder siebte Arbeitsplatz diesem Niveau. Der An-

teil von Menschen, die Sozialleistungen nach dem SGB II erhalten (Hartz IV) ist in den kreisfreien Städten und Stadtstaaten etwa doppelt so hoch wie in den Landkreisen. Berlin hat mehr SGB-II-Bezieher als ganz Bayern. Das ist die größte Armutsfalle, denn Erwerbstätigkeit senkt das Armutsrisiko erheblich.

Vor diesem Hintergrund ist es für den Wohlstand in Deutschland positiv, dass die Erwerbstätigenquote in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen ist.“ Für Hilfeangebote über die Sozialleistungen hinaus setzen die Städte beispielsweise Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter für die Schuldner-, Pflege-, Gesundheitsberatung sowie als Ansprechpartner in Schulen ein. Außerdem praktizieren viele Städte bereits eine regelmäßige detaillierte Sozialberichterstattung, um ihre Maßnahmen zielgenau zu planen.

Städte warnen vor Scheitern der Grundsteuerreform – bundeseinheitliche Regelung weiterhin notwendig

Die Städte fordern den Bund auf, umgehend einen Gesetzentwurf für die Grundsteuerreform vorzulegen. Alle Länder müssten den Reformprozess konstruktiv unterstützen, damit rechtzeitig eine neue bundeseinheitliche Regelung in Kraft tritt. Das verlangt der Deutsche Städtetag und warnt vor einem Flickenteppich, sollte es zu unterschiedlichen Regelungen in den Bundesländern kommen.

Der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly aus Nürnberg, erklärte nach einer Sitzung des Präsidiums in Bayreuth: „Die Städte sind voller Sorge, dass der Bund und die Länder auch neun Monate vor Fristablauf noch immer kein Gesetzgebungsverfahren zur Reform der Grundsteuer eingeleitet haben.

Nun muss endlich der Gesetzentwurf vom Bund kommen und die Länder müssen den Prozess gemeinsam unterstützen. Die Reform braucht breiten Rückhalt und sie darf nicht scheitern. Es stehen 14 Milliarden Euro auf dem Spiel. Die Städte brauchen die Grundsteuer, um Teile ihrer Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger bereitzustellen. Mit der Grundsteuer werden etwa Schulen, Kitas, Schwimmbäder und Straßen teilweise finanziert.“ Maly kritisierte, dass das Land Bayern die mehrheitlich zwischen Bund und Ländern verabredeten Eckpunkte für eine Reform ablehnt und eine Öffnungsklausel ins Gespräch gebracht hat, um mit einer

eigenen Regelung abweichen zu können: „Bund und Länder müssen sich auf eine bundeseinheitliche Regelung für die Grundsteuer verständigen. Alleingänge sind kontraproduktiv. Ein einheitliches Recht hält den Bürokratie- und Verwaltungsaufwand in Grenzen und ist allemal besser als 16 verschiedene steuerliche Bewertungsregelungen. Außerdem wird sichergestellt, dass die Bundesländer nicht in einen unfairen Steuerwettbewerb über die Bewertung von Grundstücken eintreten. Und die Grundsteuer bleibt mit anderen Steuern und Abgaben kompatibel.“ Die Städte halten die zwischen Bund und Ländern mehrheitlich vereinbarten Reformeckpunkte für ein wertorientiertes Grundsteuermodell für eine gute Grundlage. Offen gebliebene Diskussionspunkte müssten im laufenden Gesetzgebungsverfahren geklärt werden, damit die Grundsteuerreform fristgerecht in Kraft treten kann.

Dem von Bundesfinanzminister Olaf Scholz angekündigten Gesetzentwurf müssten die Koalitionsfraktionen ebenfalls rasch zustimmen. „Bis Ende dieses Jahres muss die Grundsteuer neu geregelt sein, andernfalls würde sie ab 2020 wegfallen. Das hätte fatale Folgen“, warnte Maly. Die Verantwortung für eine fristgerechte Reform der Grundsteuer liege allein bei Bund und Ländern. Sollte die Grundsteuerreform wirklich scheitern, sehen die Städte Bund und Länder in der Verantwortung, die Steuerausfälle in Milliardenhöhe auszugleichen.

Kommunale Finanzlage: Unterschiede zwischen strukturschwachen und wirtschaftsstarken Städten bleiben problematisch

Die am 2. April vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen zu den Kommunal финанzen sind für den Deutschen Städtetag Ausdruck der bislang noch positiven Wirtschaftslage. Die Überschüsse belegen, dass die Kommunen auch im vergangenen Jahr mit den Mitteln für ihre Bürgerinnen und Bürger verantwortungsvoll gewirtschaftet und kurzfristige Ausgabensteigerungen weitgehend vermieden haben.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe, erklärte zu den aktuellen Zahlen: „Die Städte freuen sich über gute Wirtschaftsdaten und Steuereinnahmen sowie die damit verbundenen Investitionschancen. Besonders erfreulich ist der deutliche Anstieg der Investitionen in der Gesamtheit der Kommunen um 12,9 Prozent. Ein genauere Blick auf die kommunale Finanzlage zeigt gleichzeitig, dass die lange schon viel zu großen Unterschiede zwischen finanzstarken und strukturschwachen Städten und Regionen bestehen bleiben. Strukturschwäche führt zu wachsenden Ungleichgewichten, etwa auf dem regionalen Arbeitsmarkt oder bei kommunalen Leistungen. Wir erwarten deshalb von der Bundesregierung Maßnahmen gegen das weitere Auseinanderdriften von armen und reichen Kommunen

und Regionen. Solange die Einnahmen gut sind, sollten Bund und Länder die Chance nutzen, um finanzschwache Kommunen zu stärken und dadurch gleichwertige Lebensverhältnisse zu fördern.“

Beispielsweise lagen die Investitionen im Jahr 2018 in Bayern und Baden-Württemberg bei über 500 Euro je Einwohner und im Saarland und in Nordrhein-Westfalen bei deutlich unter 300 Euro je Einwohner. Das zeigt, wie unterschiedlich die Verhältnisse in den Kommunen in verschiedenen Ländern sind. Regionale Unterschiede sind in einem föderalen Staat normal und spiegeln letztlich die Vielfalt der Städte und Regionen. Wenn allerdings Zukunftschancen der Menschen in Deutschland etwa auf dem Arbeitsmarkt oder bei der Bildung davon abhängen, in welcher Region jemand lebt, muss gehandelt werden.

„Mit der Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘ hat die Bundesregierung einen richtigen Schritt getan, um konkrete Lösungen für strukturschwache Regionen zu entwickeln. Bund und Länder müssen jetzt allerdings Hand in Hand arbeiten und vorzeigbare Ergebnisse vorlegen, damit geweckte Erwartungen auch erfüllt werden“, so Städtetagspräsident Markus Lewe.

Städtetag fordert von Bundesregierung „erheblich höheren Stellenwert“ von Klimaschutz im Verkehr

Der Deutsche Städtetag fordert die Bundesregierung auf, dem Klimaschutz im Verkehrsbereich einen „erheblich höheren Stellenwert“ zu verschaffen.

Diese Aufgabe sei lange vernachlässigt und unterschätzt worden, sagte der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster, der Deutschen Presseagentur (dpa) anlässlich der Sitzung des Lenkungskreises der Nationalen Plattform Mobilität am 29. März 2019. Der Städtetag hält hierfür ein Gesamtkonzept von Bund und Ländern für nachhaltige Mobilität für nötig, in dem der Klimaschutz eine wichtige Rolle spielt.

Lewe sagte im Einzelnen: „Es liegen mit dem Zwischenbericht der AG erste gute Vorschläge und Instrumente vor, um den Klimaschutz im Verkehr

stärker anzupacken. Dadurch können die Treibhausgasemissionen nennenswert um bis zu 39 Millionen Tonnen gesenkt werden. Es gab in der AG zum Beispiel große Einigkeit, den Regional- und Nahverkehr stärker zu fördern wie auch den Rad- und Fußverkehr. Diese Maßnahmen müssen in vollem Umfang umgesetzt werden, etwa durch günstigere Ticketpreise bei der Bahn und im ÖPNV. Außerdem brauchen wir eine Investitionsoffensive für Schienenwege, Radwege, Busspuren und für Busse und Bahnen.

Eine Kommission macht keine Gesetze. Entscheidend ist deshalb, dass die Politik jetzt das Heft des Handelns in die Hand nimmt, zügig eine Strategie entwickelt und wirksame Beschlüsse fasst. Die Diskussion in der Arbeitsgruppe hat gezeigt, wie weit die Auffassungen in unserer Gesellschaft und den

(Fortsetzung auf Seite 4)

sie vertretenden Verbänden über die nötigen Schritte auseinandergesprochen. Wir sehen als Städte das neu gebildete Klimakabinett der Bundesregierung und natürlich besonders den Bundesverkehrsminister in der Pflicht. Sie müssen ein anspruchsvolles Maßnahmenbündel entwickeln, mit dem die Klimaziele im Verkehrsbereich eingehalten werden können. Dazu müssen den bisher vorliegenden Vorschlägen unbedingt weitere folgen, durch die der Kohlendioxid-Ausstoß zusätzlich um 16 bis 26 Millionen Tonnen

gesenkt werden kann. Diese ‚signifikante Lücke‘ muss noch geschlossen werden, wie der Zwischenbericht zu Recht feststellt. Der wachsende Verkehr zeigt überdeutlich: Wir müssen in der Verkehrspolitik in Deutschland umsteuern. Wir brauchen dringend eine Verkehrswende hin zu nachhaltiger Mobilität. Dazu ist ein Gesamtkonzept von Bund und Ländern nötig, in dem der Klimaschutz eine wichtige Rolle spielt. Und für dieses Konzept muss es eine Finanzierungsstrategie geben.“

Deutscher Städtetag dankt Erster Stellvertreterin des Präsidenten, Oberbürgermeisterin Barbara Bosch

Der Deutsche Städtetag dankt der Ersten Stellvertreterin des Präsidenten des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Barbara Bosch, für ihren engagierten Einsatz für die Gemeinschaft der deutschen Städte. Der Präsident des kommunalen Spitzenverbandes, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster, sagte anlässlich ihrer Verabschiedung am 1. April in Reutlingen: „Als parteilose Oberbürgermeisterin war Barbara Bosch stets um einen breiten und überparteilichen Konsens bemüht, ohne je das gemeinsame Ziel der Städte aus dem Auge zu verlieren: eine starke und handlungsfähige kommunale Selbstverwaltung.“

Leidenschaftlich und kraftvoll vertrat sie die Interessen der Städte auf Bundes- und Landesebene und sie verkörperte das Selbstbewusstsein der Städte auch als Person. Für ihren Einsatz gebührt Barbara Bosch großer Dank.“ Für den Deutschen Städtetag hat sich Barbara Bosch zum Beispiel auf Bundesebene dafür eingesetzt, dass Wohnraum in Deutschland für alle bezahlbar bleibt, etwa durch ihr Engagement im Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen. „Nicht weniger als die Wahrung des sozialen Friedens sah sie in dieser Aufgabe“, so Lewe. Ein wichtiges Anliegen für sie war auch die Integration von Flüchtlingen in die Gesellschaft.

„Für Barbara Bosch ist die Integration von Flüchtlingen nur im guten Zusammenspiel von Verwaltung und ehrenamtlichem Engagement der Bürgerinnen und Bürger denkbar. Denn Städte brauchen engagierte Menschen, die soziale Verantwortung übernehmen wollen – ob im Sportverein, in Kultureinrichtungen oder der Politik“, so



Mit einem Festakt in der Stadthalle Reutlingen wurde die Oberbürgermeisterin Barbara Bosch nach 16 Jahren an der Spitze der Stadt Reutlingen aus ihrem Amt verabschiedet (v.l.n.r.): Thomas Keck, Friedemann Kuhn, Oberbürgermeisterin Barbara Bosch, Erste Bürgermeisterin Ulrike Hotz, Staatsministerin Schopper.

Foto: Stadt Reutlingen

Lewe. In ihrer Funktion als Stadtoberhaupt und in den Gremien des Deutschen Städtetages setzte sich Barbara Bosch zudem immer wieder für die Kreisfreiheit von Städten ein. Barbara Bosch wird am 1. April mit einem festlichen Empfang aus ihrem Amt als langjährige Oberbürgermeisterin der Stadt Reutlingen verabschiedet, in das sie 2003 erstmals gewählt wurde. Damit endet auch ihr Amt als Erste Stellvertreterin des Präsidenten des Deutschen Städtetages, das sie seit 2014 bekleidete. Im Präsidium des Deutschen Städtetages engagierte sie sich seit 2013 und im Hauptausschuss seit 2010. Von 2011 bis 2017 war sie zudem Präsidentin des Städtetages Baden-Württemberg.

Wegen Altschulden in Milliardenhöhe: Städte schlagen Alarm – Bund und Länder sollen helfen

Der Deutsche Städtetag mahnt bei Bund und Ländern dringend Lösungen für das Problem kommunaler Altschulden an. Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, sagte dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) zu den laufenden Verhandlungen in der Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse: „Wir brauchen endlich Hilfen für Städte mit drückenden Altschulden, damit sie wieder handlungsfähig werden. Denn alle Städte wollen für ihre Bürgerinnen und Bürger lebenswert sein und ihnen langfristig eine Heimat bieten, in der es sich zu leben lohnt.“

Ein wichtiger Indikator für das Altschuldenproblem sind die Kassenkredite, mit denen Kommunen laufende Ausgaben bestreiten müssen. Sie summieren sich auf rund 48 Milliarden Euro und lassen sich von den betroffenen Städten trotz gesteigener Steuereinnahmen nicht allein aus eigener Kraft abbauen. Deshalb müssen Bund und Länder handeln und zu Lösungen für das Problem kommunaler Altschulden kommen. Dafür muss die Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse des Bundes zusammen mit Ländern und Kommunen konkrete Ergebnisse liefern. Strukturschwache Städte und Regionen brauchen zielgenaue Hilfen und die Kommunen sind bereit, auch selbst mitzuwirken.

Eine direkte Lösung für das Altschuldenproblem kann darin bestehen, dass der Bund die betroffenen Länder bei Entschuldungs- und Konsolidierungsprogrammen unterstützt. Oder der Bund hilft den Kommunen indirekt, indem er sie dauerhaft bei den Sozialausgaben entlastet. Dafür wäre eine höhere Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose ein guter Weg. Das würde die Kommunen in die Lage versetzen, ihre Altschulden zu reduzieren. Dass der Bund sich an einer Lösung beteiligen muss, steht für die Städte außer Frage. Die vom Bund mit verantworteten Sozialleistungen haben schließlich hohe kommunale Sozialausgaben verursacht. Damit wurden strukturschwache Städte überfordert und daraus sind Altschulden entstanden. Die Länder sind natürlich gegenüber ihren Kommunen ebenfalls in der Pflicht.

Damit das Problem gelöst werden kann, sind alle gefordert: der Bund, die jeweiligen Länder und auch die betroffenen Kommunen. Hilfen gegen das Altschuldenproblem fördern gleichwertige Lebensverhältnisse: Sie fördern damit auch gleiche Zukunftschancen für alle Menschen. Dabei geht es um gute Bildung, soziale Teilhabe und um Leistungen der Daseinsvorsorge, die die Kommunen vor Ort erbringen.“

Beschlüsse vom Präsidium am 2. April 2019 in Bayreuth:

- Grundsteuer
- Zukunft der Notfallrettung
- Zwischenergebnisse der Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität
- Weiterentwicklung des Personenbeförderungsgesetzes
- Positionen zur Weiterentwicklung der Städtebauförderung
- Konzessionen als Steuerungsinstrument beim Breitbandausbau
- Digitalpakt

Diese und weitere Beschlüsse sind abrufbar in der Rubrik Presse, Beschlüsse unter www.staedtetag.de.

Emden: Auf dem Weg zur intelligenten Energiestadt

Von Bernd Bornemann

Städte befinden sich zunehmend im Wettbewerb. Digitale Daseinsvorsorge gewinnt als Wachstumskonzept gleichzeitig an Bedeutung. Allerdings hat über die Hälfte der Kommunen in Deutschland, 55 Prozent, mit dem Projekt Smart City noch nicht einmal begonnen. Das ist das nüchterne Ergebnis einer Untersuchung unter 394 Städten in Deutschland, die die Unternehmensberatung Haselhorst Associates angefertigt hat. Im Städteranking der Unternehmensberatung belegt Emden Platz 19. Das ist ein gutes Ergebnis. Die Road Map hat vor allem in den Kategorien „Digitalisierung“ und „Smart Energy und Environment“ überzeugt. Der Digitalisierungsfahrplan unter Federführung der Stadtwerke Emden ist 2017 mit dem Stadtwerke-Award des Verbandes Kommunalen Unternehmen VKU ausgezeichnet worden.

Warum braucht Emden ein solches Projekt?

Auslöser für die Entwicklung der Roadmap für Emden war die Erkenntnis, dass Digitalisierung keine Option ist, sondern das zukünftige Umfeld für Unternehmen und Regionen darstellt. Verwaltung, Stadtwerke, Politik, Wirtschaft und Hochschule waren sich einig, dass es keine Digitalisierungsstrategien, sondern nur Strategien in einer digitalisierten Welt geben kann und Smart City als Wachstumskonzept genutzt werden sollte. Bereits 2016 wurde das Projekt „Intelligente Energiestadt“ aufgesetzt. Im Mittelpunkt der Projektvision standen neben Nachhaltigkeit und Umweltorientierung im wesentlichen ökonomische Ziele. Es ging darum, den Standort zukunftsfähig aufzustellen, im Hinblick auf den digitalen Wandel.

Erste Projektfortschritte sind bereits erzielt, wie zum Beispiel die Simulation des Energiesystems, ausdrücklich auch unter einem Szenario E-Mobilität. Die VW-Entscheidung im November 2018 pro E-Motorisierung und der daraus resultierende Bedarf an CO₂-neutralen Produktionsbedingungen in Emden ist aktuell ein absoluter Turbo für dieses Projekt. Es zeigt, dass Emden bereits seit 2016 auf dem richtigen Weg ist. Im Zuge dieser Entwicklungen wurde im Juli 2018 die Koordinierungsstelle Digitalisierung in der Verwaltung eingerichtet. Diese dient dem Verwaltungsvorstand als zentrale Schnittstelle für alle Themen

der Digitalisierung und als Verbindungsglied zum Smart City Konzept. Mit der Koordinierungsstelle wurde bei der Verwaltung auch die Position des Chiefs Digital Officer (CDO) eingeführt, dieser ist direkt dem Oberbürgermeister unterstellt. Die strategische Bedeutung des Themas für uns als Vorstand wird damit nochmal deutlich unterstrichen.

Die anstehende VW-Transformation hat die heimische Wirtschaft, Politik und Universität noch näher zusammen rücken lassen. Unmittelbar nach der Entscheidung von Volkswagen hat sich eine Steuerungsgruppe mit 28 verantwortlichen Akteuren gebildet, um aktiv auf die aktuelle Entwicklung zu reagieren und Lösungen zu entwickeln. Emden muss die Chancen, die sich aus den Entscheidungen des VW-Konzerns für unsere Stadt und die Region eröffnen, ergreifen. Dabei geht es selbstverständlich darum, VW Emden bei den Herausforderungen der Werksumstellung zu unterstützen. Auch Hochschule, Berufsschulen und Ausbildungsbetriebe sind betroffen und sind in den Entwicklungsprozess einzubinden. So könnte Emden Modellregion für E-Mobilität werden. Ein Ziel ist, eine Batteriezellenfertigung nach Ostfriesland zu holen. Eine Vielzahl hochqualifizierter Industriefachleute und mehr Erneuerbare Energien als Emden selbst verbrauchen kann, sind Argumente, die dafür sprechen.

Was macht die Digitalisierungsroadmap aus?

Die Roadmap umfasst 15 Teilprojekte:

Smart City-Projekte sind

- die intelligente Energiestadt,
- E-Mobilität,
- intelligente Verkehrsfluss- und Parkraumsteuerung,
- intelligente Schmutzwassersteuerung,
- geografisches Informationssystem.

Die Smart City-Infrastruktur umfasst

- Emden Digital GmbH,
- IoT/Open-Data-Plattform,
- Smart Meter,
- Breitband.

- **Smart City-Leuchttürme sind**
- das Stadtportal/App,
- öffentliches WLAN,
- Ladepunkte aus Fördermitteln,
- Marketing für Elektromobilität.

Intelligente Energiestadt

Um die verschiedenen Projekte zu koordinieren, wurde 2017 die Emden Digital GmbH als Tochterunternehmen der Stadtwerke Emden gegründet. Ebenfalls seit 2017 ist Siemens in den Bereichen Verkehr, Energie und Gebäude als Unterstützung mit im Boot. Es wurde ein Memorandum of Understanding mit vier Kooperationsfeldern unterzeichnet: Eine Zusammenarbeit erfolgt in den Bereichen Verkehrssteuerung, Dezentrale Energieversorgung, Gebäudetechnik und IoT-Plattform.

Es hat sich bewährt, dass wir für die Umsetzung unserer Roadmap von Anfang an die lokale Wirtschaft, die Hochschule Emden/Leer und viele Dienstleister eingebunden und Siemens als erfahrenen Partner an unserer Seite haben. Konkrete Fortschritte gibt es bereits in der Verkehrssteuerung, bei den dezentralen Energiesystemen, in der Gebäudetechnik und der Entwicklung der Plattform Internet der Dinge (IoT-Plattform), auf der alle Daten gebündelt werden. Im Bereich Gebäudetechnik konnte größere Transparenz über den Energieverbrauch erreicht werden. Eine erste Kopplung ist bereits in der Umsetzung, acht weitere sollen folgen. Darüber hinaus werden bei den Stadtwerken verschiedene Projekte für größeren Brandschutz umgesetzt.

Auch die Gebäude in Emden werden schrittweise zu intelligenten Gebäuden. Ziel ist es unter anderem, dass im Störfall durch einen Fernzugriff schneller reagiert werden kann. Darüber hinaus werden die Gebäude auch Informationen für die Bereiche Verkehr und dezentrale Energieversorgung zur Verfügung stellen. Im Bereich Verkehrssteuerung erfolgt in diesem Jahr die Anbindung des Parkleitsystems und der Parkscheinautomaten. Das ist die Voraussetzung dafür, dass die Nutzer der städtischen „Keptn App“ künftig auf ihrem Handy sehen, wo es freie Parkplätze gibt.

Eine wichtige Rolle spielt die Entwicklung der IoT-Plattform. Hier werden alle relevanten Daten gesammelt und zusammengeführt, was für einen erheblichen Mehrwert für die Stadt, die Unternehmen und die Bevölkerung sorgen soll. Auch hierbei setzt Emden darauf, möglichst viele Beteiligte an einen Tisch zu bekommen. In Workshops von Emden Digital sammeln wir Ideen und Lösungsvorschläge. Beispiele sind



Unterzeichnung des Memorandums of Understanding durch Emdens Oberbürgermeister Bernd Bornemann (Mitte) und den Geschäftsführer der Stadtwerke Emden, Manfred Ackermann (links am Tisch), mit Vertretern von Siemens.

Foto: © Stadt Emden

Services der Müllabfuhr und Mitteilung über Leerstände. Erstes konkretes Projekt ist die begonnene Umsetzung zur Transparenz im Stromnetz an einem Emderschaltheus inklusive einer App für Servicetechniker.

Welche Schwierigkeiten ergaben sich aus den Rahmenbedingungen?

Rechnerisch können die Stadtwerke mit 40 Megawatt (MW) Windstrom bereits heute mehr sauberen Strom bereitstellen, als die Haushalte der Region brauchen. Die über 100 MW Strom aus Windenergie, die in ganz Emden produziert werden, reichen sogar für das VW-Werk. Strom aus Offshore-Windparks kommt ebenfalls in Emden an. Bisher geht der aber nach Süddeutschland weiter oder landet an der Börse. Ein Stromverbrauch vor Ort ist vom Gesetzgeber nicht vorgesehen, und dass Emden aufgrund der weißen Flecken nicht von den Förderprogrammen profitieren kann, ist unerfreulich und kontraproduktiv.

Industrie- und Gewerbecampus

Neben der eigentlichen technischen Umsetzung der Digitalisierung rüstet sich Emden derweil auch bei der Infrastruktur für potenzielle Neuansiedlungen. Der 100 Hektar große Industrie- und Gewerbe-Campus mit dem Zuliefererpark für das Emderschaltheus, entwickelt derzeit das Konzept für einen Innovationscampus. Ziel ist die Ansiedlung von Unternehmen aus dem Bereich Digitalisierung, Mobilität und innovativen Start Ups.

Bernd Bornemann
Oberbürgermeister der Stadt Emden

ADFC-Fahrradklima-Test 2018 – der Städtecheck fürs Fahrrad

Von Ulrich Syberg

Problemlöser: Fahrrad

Seit 40 Jahren setzt sich der ADFC für bessere Bedingungen für Fahrrad fahrende Menschen und diejenigen ein, die gerne Rad fahren würden. Nicht erst seit dem Dieselskandal und vielen Klimagipfeln stehen die deutschen Städte vor der Herausforderung, die mit den bisherigen städtebaulichen und verkehrstechnischen Maßnahmen nicht mehr zu lösen sind. Die mit dem Autoverkehr verbundene Abgase und Staus zehren an der Lebensqualität. Das Auto hat den Menschen den Raum genommen, den wir alle zum Leben und für unser Miteinander so dringend benötigen. Das ungebremsste Wachstum der letzten 60 Jahre an Pkw hat dem urbanen Menschen die Lebensqualität genommen. Wenn parkende Autos mehr Stadtraum erhalten als eine durchschnittliche Familie, wenn der Verkehr so stark ist, dass Kinder nicht allein zu Fuß oder mit dem Rad zur Schule dürfen, sondern im Auto kutschiert werden und wenn umweltfreundliche Mobilität auf einem Bruchteil der Flächen des Kfz-Verkehrs stattfinden muss – dann läuft in Deutschland etwas grundlegend falsch!

Kommunalpolitiker*innen – und als Planungsausschussvorsitzender weiß ich, wovon ich rede – kennen die kontroversen und emotionalen Debatten um die richtige Mobilitätsentwicklung in ihren Städten. Immer noch hängt der nostalgische Gedanke nach, das Auto sei das perfekte Stadtfahrzeug. Aber: Wege in

der Stadt sind kurz – 50 Prozent aller Autofahrten sind unter 5 Kilometer lang – und lassen sich locker durch das Fahrrad ersetzen. Auch in Kombination mit dem öffentlichen Nahverkehr ist das Fahrrad auch auf der sogenannten Letzten Meile unschlagbar. Vorausgesetzt, Fahrrad fahrende Menschen fühlen sich als Verkehrsteilnehmende akzeptiert und sicher. Das heißt, sie brauchen sichere Radwege – die für Menschen von „8 bis 80“ intuitiv nutzbar sind. Das Fahrrad muss bei jeder stadtplanerischen Maßnahme mitgedacht werden, nur so entsteht ein fahrradfreundliches Verkehrsklima.

Der ADFC-Fahrradklima-Test, bei dem Radfahrende die Bedingungen in ihren Heimatstädten bewerten und so Politik und Verwaltung wertvolle Hinweise zur Verbesserung der Fahrradfreundlichkeit geben, ist ein wichtiger Gradmesser/Indikator für klima- und platzsparende Mobilität. Zum einen lohnt sich für Städte der Blick auf ihre individuellen Stärken und Schwächen, die die eigene Bewertung zeigt. Zum anderen lohnt sich auch ein Blick auf die Spitzenreiter im Städteranking, das als wesentliches Ergebnis des ADFC-Fahrradklima-Tests publiziert wird. Der Umfang dieses Rankings – das 1988 mit 63 Städten und 4.000 Teilnehmer*innen begann – ist auf 683 Städte und circa 170.000 Teilnehmende angewachsen. Die bewerteten Städte repräsentieren ca. 46 Millionen Menschen und somit fast 60 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik. Darunter sind alle 80 Großstädte in Deutschland sowie 106 von 111 Städten der Größe



170.000 RADFAHRENDE (+ 40 % GEGENÜBER 2016)



zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern. Seit 2012 wird der ADFC-Fahrradklima-Test vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) aus Mitteln zur Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans (NRVP) gefördert.

Fahrradfreundlichkeit in 27 Fragen

Alles, was die Qualität des Radfahrens aus der Sicht der Nutzer*innen ausmacht, wird beim ADFC-Fahrradklima-Test kompakt in 27 Fragen behandelt. Die Gesamtbewertung fasst als Index die unterschiedlichen Aspekte zusammen und stellt dar, wie Radfahrende die Realität auf den Straßen zusammenfassend wahrnehmen. Sie bildet sozusagen das Kundenbarometer zur Radverkehrsplanung einer Stadt ab. Dabei spielen auch steigenden Erwartungen der Radfahrenden eine Rolle: Selbst Städte mit gleichbleibendem Angebot für Radfahrende müssen sich auf sinkende Bewertungen einstellen, denn Radfahrende schauen auf erfolgreiche Beispiele wie Kopenhagen oder die Niederlande und machen diese zum Maßstab ihrer Erwartungen. Ein Blick auf die Bewertungen der Städte in Deutschland – sie werden wie Schulnoten auf einer Skala von 1 bis 6 bewertet – zeigt, dass noch viel Luft nach oben ist. Selbst kleinere Städte unter 100.000 Einwohnern, die i.d.R. am besten bewertet werden, erreichen im Durchschnitt nur eine Note von 3,8. Insgesamt ist nach

Fahrverhalten der Teilnehmenden



stetigen Verbesserungen zwischen 1991 und 2005 nun eine kontinuierliche Verschlechterungen der Bewertungen zu verzeichnen. Besonders im Sinkflug sind dabei die Bewertungen für den Spaß am Radfahren und für das Sicherheitsgefühl – mit einer halben bzw. drittel Notenstufe Verschlechterung seit 2012.

Dass dies nicht zwangsläufig so sein muss, zeigen die Gewinnerstädte des ADFC-Fahrradklima-Tests, die zumindest bei den kleinen Städten durchaus gute Bewertungen ihrer Einwohner*innen erhalten und auch positive Entwicklungen seit der letzten Befragung 2016 vorweisen können. Viele Gewinnerstädte kommen immer wieder aus dem Münsterland und aus den an die Niederlande angrenzenden Gebieten. Hier lässt

Übersicht der Gewinnstädte



Platz	> 500.000 Einwohner	200.000 bis 500.000 Einwohner	100.000 bis 200.000 Einwohner	50.000 bis 100.000 Einwohner	20.000 bis 50.000 Einwohner	bis 20.000 Einwohner
Kategorie SPITZENREITER (Beste Gesamtwertung)						
1	Bremen (3,55)	Karlsruhe (3,15)	Göttingen (3,35)	Bocholt (2,39)	Baunatal (2,67)	Reken (1,97)
2	Hannover (3,77)	Münster (3,25)	Erlangen (3,39)	Nordhorn (2,62)	Ingelheim am Rhein (2,71)	Wettringen (1,98)
3	Leipzig (3,85)	Freiburg im Breisgau (3,42)	Oldenburg (3,54)	Konstanz (3,1)	Rees (2,95)	Heek (2,37)
Kategorie AUFHOLER (Beste Entwicklung)						
1	Berlin	Wiesbaden	Offenbach am Main	Konstanz	Emmendingen	Oschatz
Kategorie FAMILIENFREUNDLICHKEIT (Sonderbefragung) / Alle Ortsgrößenklassen						
1	Wettringen (Münsterland)					

sich ablesen, was das Geheimnis wirklich guter Radverkehrs-förderung ist: Radfahren wird von jedem – bis hin zum Oberbürgermeister – im Alltag praktiziert und wird bei jeder Entscheidung selbstverständlich mitgedacht und umgesetzt. Es bedarf keiner großen Kampagnen oder Beschlüsse, wenn die Fahrradfreundlichkeit das Alltagshandeln von Politik und Verwaltung durchdringt.

#MehrPlatzfuersRad

Die Realität in Deutschland sieht jedoch anders aus: Die Bewertungstendenz zeigt nach unten. Über die Hälfte der circa 170.000 Teilnehmer*innen bewertet ihre Stadt schlechter als 4,0. Bei der Frage nach der ausreichenden Kontrolle von Falschparken auf Radwegen sind es sogar drei Viertel. Was ist also zu tun?

Der ADFC wird unter dem Motto „Mehr Platz fürs Rad“ im Frühjahr 2019 eine Kampagne starten, die andere Prioritäten für die Radverkehrs-förderung einfordert. Im eigenen Interesse sollten Städte diesen Ansatz unterstützen, denn: Mehr Radverkehr ist effizient, gesund und kostengünstig. Mehr Platz fürs Rad bringt Menschen dazu, auf das Rad umzusteigen und je mehr umsteigen, desto mehr entlastet das die Stadt. Mehr Platz fürs Rad macht Ihre Stadt attraktiver für junge Familien und Unternehmen.

Start-Ups und Geschäfte profitieren von dem Frequenz-bringer Fahrrad und Unternehmen freuen sich über

fitte Mitarbeiter*innen, die sich auch gerne auf ein Dienstpedelec setzen.

Der ADFC-Fahrradklima-Test hat allerdings noch mehr zu bieten: Die Teilnehmenden wurden 2018 auch gefragt, wie wichtig ihnen verschiedene Aspekte des Radfahrens sind. Das Ergebnis: Besonders wichtig sind ihnen die Akzeptanz von Radfahrenden als Verkehrsteilnehmende und das Sicherheitsgefühl – beide Aspekte haben sich bei den Bewertungen in den letzten Jahren besonders verschlechtert. Themen, bei denen sich die Bewertungen verbessert haben, wie bei in Gegenrichtung geöffnete Einbahnstraßen oder bei der Verfügbarkeit von öffentlichen (Miet-)Rädern, sehen die Teilnehmenden als weniger wichtig an.

Der ADFC-Fahrradklima-Test widmet sich einem thematischen Schwerpunkt. 2018 war dies die Familienfreundlichkeit. Als familienfreundlichste Stadt konnte Wettringen im Münsterland identifiziert und ausgezeichnet werden. 44 Prozent der Teilnehmenden stimmten beispielsweise der Aussage voll zu, dass man in Wettringen selbst Kinder im Grundschulalter ohne schlechtes Gewissen allein Radfahren lassen kann. 37 Prozent bewerteten die Frage immerhin noch mit Note 2. Könnten Sie sich das für Ihre Stadt vorstellen? Wäre das nicht ein Ziel?

Ulrich Syberg
Bundesvorsitzender des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC)



Stadt Essen erhält europäischen Preis für Energiespar-Contracting

Beim diesjährigen European Energy Service Award (EESA) Ende Februar in Brüssel wurde das Rathaus der Stadt Essen als „Bestes Europäisches Energiedienstleistungsprojekt“ für sein erfolgreich umgesetztes Energiespar-Contracting (ESC) ausgezeichnet. Im Rahmen der umfassenden energetischen Sanierung der Lüftungs-, Klima-, Sanitär- und Elektrotechnik wurden durch den Contractor Siemens u. a. mehr als 3.000 Raumklimageräte erneuert, die zentralen Klimaanlage ausgetauscht und ein Mess- und Zählkonzept umgesetzt. Eine neue Gebäudeleittechnik verbindet das Gesamtsystem. Dadurch und durch gleichzeitige Reduzierung der Finanz- und Personalkosten für einen reibungslosen Betrieb konnten die Betriebskosten um 829.000 Euro und die CO₂-Emissionen um 2.185 Tonnen pro Jahr gesenkt werden. Die Preise des European Energy Service Awards (EESA) vergeben die Berliner Energieagentur (BEA) und die Europäische Kommission an Institutionen und Projekte, die einen besonderen Beitrag zur Förderung von Energiedienstleistungen leisten.

Weitere Gewinner der insgesamt sieben Preise in drei Kategorien waren Kommunen, Institutionen und Unternehmen aus Kroatien, Deutschland, Italien, Rumänien und Slowenien. Weitere Informationen finden Sie im Internet bei der Berliner Energieagentur unter <https://www.berliner-e-agentur.de>.

Mainz erweitert Carsharing-Angebot

In der Stadt Mainz soll das Carsharing-Angebot gezielt mit den weiteren Mobilitätsangeboten des Umweltverbunds vernetzt werden. Dafür ist Ende 2018 ein eigenes Unternehmen, die book-n-drive Carsharing GmbH gegründet worden. Im Fokus steht stationsgebundenes Carsharing. In den kommenden drei bis vier Jahren soll es in der Stadt bis zu 400 Carsharing-Fahrzeuge geben. Der Mainzer Oberbürgermeister Michael Ebling verspricht sich von dem erweiterten Angebot und einer gezielten Vernetzung mit den Angeboten der Mainzer Mobilität eine effizientere Nutzung von Autos im Individualverkehr und letztlich weniger Autofahrten insgesamt im Stadtgebiet. Weitere Informationen unter www.book-n-drive.de.

Jena: EU investiert 84 Millionen Euro in Forschungscampus

Die Friedrich-Schiller-Universität in Jena erhält EU-Mittel in Höhe von fast 84 Millionen Euro für den Bau eines Rechenzentrums und der Fakultät für Mathematik und Informatik. Die Investition kommt circa 18.000 Studenten zugute. Das Projekt gehört zu den 25 großen Infrastrukturprojekten in zehn Mitgliedstaaten, für die die Kommission am 2. April über 4 Milliarden Euro bereitgestellt hat.

Weitere Informationen sind im Internet abrufbar unter <https://ec.europa.eu/germany/news/>.

Gewässerentwicklungspreis für Spreeumbau in Bautzen

Anlässlich des Weltwassertages am 22. März hat die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) das Projekt „Spree in Bautzen“ mit dem Gewässerentwicklungspreis 2019 ausgezeichnet.

Besonders überzeugt hat das Preisgericht die Komplexität der Maßnahmen des Projekts. Dabei wurden viele wasserwirtschaftliche Aspekte miteinander verbunden: Hochwasser, Renaturierung, Erlebbarkeit des Gewässers sowie Fischschutz. Zusätzlich wurden Aspekte des Denkmalschutzes mitberücksichtigt. Nach dem Hochwasser 2010 waren die Ufermauern und Wehranlagen der Spree vor allem in der Altstadt von Bautzen stark beschädigt. Daraufhin wurden in Bautzen in einem Gewässerabschnitt von 150 Kilometern 770 Meter Ufermauern, zwei Wehre und eine Sohlschwelle sowie eine mehrgeschossige Industrierache mit Nebengebäuden auf einer Fläche von 2400 Quadratmetern unmittelbar am Gewässer zurückgebaut. Es entstand eine naturnahe Flusslandschaft im innerstädtischen Raum mit Erholungswert für Menschen und zur Erhaltung und Verbesserung der Lebensräume für Tiere und Pflanzen.

Der DWA-Gewässerentwicklungspreis wird für vorbildlich durchgeführte Maßnahmen zur Erhaltung bzw. zur naturnahen Gestaltung und Entwicklung von Gewässern im urbanen Bereich vergeben. Weitere Informationen zu dieser Problematik finden Sie unter www.dwa.de.

Lindau (Bodensee) gewinnt europäischen Preis für nachhaltige Mobilität

Die Europäische Kommission hat die Stadt Lindau (Bodensee), neben der Stadt Lissabon, mit dem „EUROPEANMOBILITYWEEK Award 2018“ ausgezeichnet. Die Stadt bekommt den Preis in der Kategorie „kleinere Kommunen bis 50.000 Einwohner“ für besonders gelungene Mobilitätsangebote. Lindau legt sehr großen Wert auf Multimodalität, das Thema der EUROPEANMOBILITYWEEK 2018. Am autofreien Tag stellte die Stadt einen kostenlosen Hybrid-Shuttle-Bus und ein Wassertaxi zur Verfügung. Außerdem erhielten die Einwohner kostenlosen Zugang zum gerade erweiterten Carsharing-Service. Pendler wurden mit einem kostenlosen Frühstück überrascht, wenn sie vom Auto auf Fahrrad, Bus oder Bahn umstiegen. Lindau hat kürzlich auch fast 500 neue Fahrradständer an Bahnhöfen und Bushaltestellen installiert, was die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel erleichtert. Die Stadt bietet außerdem eine neue multimodale Mobilitäts-App, die eine Route mit verschiedenen Verkehrsmitteln planen kann. Die EUROPEANMOBILITYWEEK Awards würdigen lokale Behörden, die zwischen dem 16. und 22. September 2018 beeindruckende Aktivitäten organisiert haben. Weitere Informationen unter <http://www.mobilityweek.eu/emw-awards/>.

Einführung der Bürgerbefragungs-App in der Stadt Tübingen

Ob in Tübingen ein altes denkmalgeschütztes Hallenbad zum Konzertsaal werden und dafür ein neues Hallenbad gebaut werden soll? Zu Fragen wie diesen können sich die Bürgerinnen und Bürger der Stadt jetzt per „BürgerApp“ äußern, bevor der Gemeinderat entscheidet. Die Befragungen sollen in einem Zeitraum von zwei Wochen möglich sein. Bindend ist das Ergebnis der Umfrage für den Gemeinderat zwar nicht. Die Ratsmitglieder sollen so aber ein genaueres Bild der Meinungen und der Stimmungslage erhalten. Nach Informationen der Stadt Tübingen ist die kommunale „BürgerApp“ in ihrer Funktion in Deutschland bisher einzigartig. Andere Gemeinden bieten „Bürger-Apps“ bislang ausschließlich zur Information und nicht zur Beteiligung. Kommunale Online-Verfahren der Bürgerbeteiligung laufen bisher ausschließlich auf Plattformen im Internet, nicht jedoch mittels einer App. Infos zur Tübinger Bürgerbefragungs-App unter <https://www.tuebingen.de/buergerapp#/25007>.

Energiecluster Digitales Lübeck gewinnt Publikumspreis bei „Stadt.Land.Digital“

Das Projekt EnergieCluster Digitales Lübeck hat einen ersten Platz und den Publikumspreis des Wettbewerbs „Stadt.Land.Digital“ gewonnen. Für den laut Ausrichtern größten nationalen Wettbewerb zu Smart City und Smart Regions der Open-Innovation-Plattform wurden 218 Beiträge aus ganz Deutschland eingereicht. Grundgedanke der Initiative EnergieCluster Digitales Lübeck ist der Anspruch, die Digitalisierung der Stadt Lübeck aktiv mitzugestalten. Digitale Vernetzung wird als unverzichtbares Werkzeug der Stadt betrachtet, um Themen wie Elektromobilität, Smart Grid, Carsharing, Smart Services und weitere erfolgreich nutzen zu können. Aus diesem Grund wurde eine Plattform ins Leben gerufen, die zukünftig alle relevanten Unternehmen, aber auch Lübecker Bürgerinnen und Bürger selbst, zusammenbringt und Ideen, Projekte, Initiativen koordiniert. Die Plattform ist der neu gegründete Verein EnergieCluster Digitales Lübeck e. V. Die Strategie dahinter ist „Do-it-yourself“. Statt überregionaler Digitalfirmen mit Profitorientierung, sollen in Lübeck erzeugte Daten auch in Lübeck gespeichert und zum Wohle der Stadtbevölkerung eingesetzt werden. Vision ist die Schaffung einer Modellregion für intelligente Vernetzung und nachhaltige Stadtentwicklung mit eigener kommunaler Kompetenz. Weitere Informationen finden Sie unter <https://www.energiecluster-luebeck.de/>.

Aachen: Sicherheitskonzept zum Schutz der Stadtbeschäftigten

Übergriffe gegen Beschäftigte der Stadt Aachen, die in direktem Kundenkontakt stehen, nehmen seit Jahren zu. Daher hat die Stadt ein Sicherheitskonzept erarbeitet, das nun vorgestellt wurde. Damit möchte Aachen die Beschäftigten besser vor Gewalt schützen, sei es körperlich oder auch verbal. Die Erscheinungsformen gewalttätiger Handlungen reichen von Beschimpfungen, Anschreien und Beleidigungen über das Werfen von Gegenständen und Randalieren bis hin zu körperlichen Attacken. Deshalb wurde in den zurückliegenden zwei Jahren verwaltungsintern und in Abstimmung mit dem Gesamtpersonalrat und unterstützt von der Politik das „Sicherheitskonzept Gewaltprävention“ erarbeitet. Weitere Informationen und die Downloadmöglichkeit des „Sicherheitskonzeptes Gewaltprävention“ unter <https://t1p.de/Gewaltpraevention>.

6. Nationaler Radverkehrskongress in Dresden: Den Radverkehr weiterdenken

In Dresden findet am 13. und 14. Mai 2019 der 6. Nationale Radverkehrskongress statt. Im Fokus stehen dabei Themen wie Radschnellwege, Bikesharing, Citylogistik, Digitalisierung, Verkehrssicherheit und die fahrradgerechte Optimierung der StVO stehen im Mittelpunkt. In zwölf Fachforen tauschen sich Experten aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft über bisherige Erfolge und neue Ziele rund ums Fahrrad aus.

Außerdem wird der Deutsche Fahrradpreis verliehen. Weitere Programmpunkte sind zahlreiche Side-Events. Die Veranstalter möchten beispielsweise gelungene internationale Beispiele für einen modernen Radverkehr aufzeigen. Außerdem ist eine Startup-Session geplant, in der junge Unternehmerinnen und Unternehmer ihre Produkte präsentieren. Nach Abschluss des zweiten Kongresstages lädt die Landeshauptstadt Dresden zu geführten Fahrradexkursionen rund um Dresden ein. Informationen zum Programm und zur Anmeldung sind zu finden unter <https://www.nationaler-radverkehrskongress.de>.

Europäisches Parlament beschließt Richtlinie zu Einwegkunststoffen

Das Europäische Parlament hat die Richtlinie zum Verbot von Einwegkunststoffen beschlossen. Die Richtlinie enthält konkrete Produktverbote ab 2021, etwa für Teller, Besteck, Strohhalme oder Wattestäbchen aus Plastik sowie weitergehende Regelungen zu Produktdesign, erweiterte Herstellerverantwortung und Sammelverpflichtungen. Die Richtlinie sieht unter anderem vor, dass die Mitgliedstaaten 90 Prozent der Kunststoffflaschen (u. a. für Getränke) bis 2029 getrennt sammeln müssen. Außerdem werden für den Gehalt an Recyclingkunststoff in Flaschen verbindliche Ziele von 25 Prozent bis 2025 und 30 Prozent bis 2030 festgelegt. Der Deutsche Städtetag wird insbesondere die nationale Umsetzung der Richtlinie intensiv begleiten.

Weitere Informationen finden Mitglieder des Deutschen Städtetages unter http://extranet.staedtetag.de/dst/extra/umwelt_und_wirtschaft/088407/.

Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft

Im Jahr 2017 haben rund 666.000 Menschen in Deutschland Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft erhalten. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) anlässlich des 10. Jahrestags des Inkrafttretens der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland weiter mitteilt, war dies die am häufigsten gewährte Leistung der Eingliederungshilfe nach dem 6. Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII).

Europäischer Gerichtshof urteilt zur Vergabe von Rettungsdienstleistungen

In einem Urteil vom 22. März 2019 stellt der Europäische Gerichtshof fest, dass nach Art. 10 h der Richtlinie 2014/24/EU die klassischen Regelungen über die öffentliche Auftragsvergabe einschließlich der Verpflichtung zur Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt nicht für öffentliche Aufträge gelten, die den Katastrophenschutz, den Zivilschutz oder die Gefahrenabwehr betreffen, wenn die doppelte Bedingung eingehalten wird, dass sie

1. unter bestimmte Definitionen des Gemeinschaftlichen Vergabevokabulars (CPV-Codes) fallen (hier der Code für „Rettungsdienste“ oder für den „Einsatz von Krankenwagen“) und
2. von gemeinnützigen Organisationen oder Vereinigungen erbracht werden.

Der EuGH weist darauf hin, dass es sich bei der Betreuung und Versorgung von Notfallpatienten in einem Rettungswagen durch einen Rettungsassistenten/ Rettungssanitäter und beim qualifizierten Krankentransport weder um „Dienstleistungen des Katastrophenschutzes“ noch um „Dienstleistungen des Zivilschutzes“ handelt, sondern um „Gefahrenabwehr“. Dem Urteil vorangegangen war ein Rechtsstreit vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf zwischen der Stadt Solingen und einem privaten Anbieter.

Informationen, Urteil und Urteilsbegründung finden Städtetagsmitglieder unter http://extranet.staedtetag.de/dst/extra/umwelt_und_wirtschaft/088327/.

Neu im Amt



Städtetag Rheinland-Pfalz: Neuer Vorsitzende des Städtetages Rheinland-Pfalz ist der Landauer Oberbürgermeister **Thomas Hirsch** (CDU). Er folgt auf Dr. Bernhard Matheis (CDU), Oberbürgermeister der Stadt Pirmasens, der seit 2014 Vorsitzender des Städtetages Rheinland-Pfalz war.

Hirsch leitet seit 2016 die Geschicke der Stadt Landau. Seit 2018 engagiert er sich im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Ebenfalls neu gewählter erster Stellvertretender Vorsitzender des Städtetages Rheinland-Pfalz ist der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz, Michael Ebling (SPD).



Vereinigung der kommunalen Arbeitgebervverbände (VKA): Die Mitgliederversammlung des VKA wählte Lüneburgs Oberbürgermeister **Ulrich Mädge** zum neuen Präsidenten der VKA. Der bisherige Präsident, Dr. Thomas Böhle, stand nach vierzehn Jahren für eine Wiederwahl nicht zur Verfügung.

Der Sozialdemokrat Mädge steht seit 1996 an der Stadtspitze von Lüneburg und engagiert sich seit 1999 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Des Weiteren ist er seit 2018 Präsident des Niedersächsischen Städtetages. Erster Stellvertreter des neuen Präsidenten der VKA ist Marcel Philipp, Oberbürgermeister der Stadt Aachen. Zweiter Stellvertreter des Präsidenten ist Landrat Michael Harig (Bautzen).

Fotos: Stadt Landau; Hansestadt Lüneburg; Sabine Kunzer, Stadt Friedrichshafen; Fotografie Sommer, Stadt Amber; Stadt Frankfurt am Main; Henning Scheffen, Landeshauptstadt Hannover.

Geburtstage



Andreas Brand, Oberbürgermeister von Friedrichshafen, feiert am 11. Mai seinen 55. Geburtstag. Er ist parteilos und steht seit 2009 an der Spitze der Stadt.



Der Oberbürgermeister von Amberg in der Oberpfalz, **Michael Cerny** (CSU), wird am 16. Mai 55 Jahre alt. Er trat 2014 das Spitzenamt der Stadt Amberg an und engagiert sich seither im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Die langjährige Städtetagspräsidentin und Oberbürgermeisterin a.D. der Stadt Frankfurt am Main, **Petra Roth**, feiert am 9. Mai ihren 75. Geburtstag. Die Christdemokratin wurde 1995 zur Oberbürgermeisterin von Frankfurt am Main gewählt und hatte dieses Amt bis 2012 inne. Sie war seit 1997 insgesamt sieben Jahre Präsidentin des Deutschen Städtetages sowie acht Jahre lang Vizepräsidentin. Seit Mai 2013 ist Petra Roth wegen ihres besonderen Engagements für die Demokratie und die städtische Selbstverwaltung Ehrenmitglied des kommunalen Spitzenverbandes.



Stefan Schostok, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover, feiert am 12. Mai seinen 55. Geburtstag. Der Sozialdemokrat engagiert sich seit 2014 im Präsidium und seit 2013 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Die Geschicke der Stadt Hannover leitet er seit 2013.



»»» Weiterdenker investieren heute. In die Kommune von morgen.

Die KfW fördert kommunale Unternehmen und Kommunen, die weiterdenken. Als größte deutsche Förderbank unterstützt die KfW sie dabei mit vielfältigen Finanzierungsangeboten. Nutzen Sie heute diese Möglichkeiten, um in Ihre regionale Infrastruktur zu investieren und Ihre Kommune auch in Zukunft attraktiv zu halten. Weitere Informationen unter [kfw.de/infrastruktur](https://www.kfw.de/infrastruktur)

Bank aus Verantwortung

KFW

Verwaltung

Hamburger Finanztage

Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg lädt ein zur 7. Fachtagung „Über Transparenz zu besserer Steuerung?“
16. bis 17. Mai 2019 in Hamburg

Weitere Informationen unter www.hamburger-finanztage.de

7. Zukunftskongress Staat & Verwaltung

Leitveranstaltung des öffentlichen Sektors zum digitalen Wandel
27. bis 29. Mai 2019 in Berlin

Weitere Informationen unter www.zukunftskongress.info

Wohnungsbau

Neue Wohnungsfrage: Wohnbauen in Klein- und Mittelstädten

Internationale Städtetagung 2019 des Forums Stadt –
Netzwerk historischer Städte
23. bis 25. Mai 2019 in Nürtingen

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de/veranstaltungen

Soziales

Tag der Nachbarn 2019

Aktionstag für kleine und große Nachbarschaftsfeste
24. Mai 2019 bundesweit

Weitere Informationen unter <http://t1p.de/Info-Tag-der-Nachbarn>

Nachhaltigkeit

19. Jahreskonferenz des Rates für nachhaltige Entwicklung

Konferenz zu den Sustainable Development Goals der UN Agenda 2030
4. Juni 2019 in Berlin

Weitere Informationen unter <https://www.nachhaltigkeitsrat.de>

ISSN: 2193-5491

Berlin/Köln, April 2019

Herausgeber: Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18–32, 50670 Köln, Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de, Internet: www.staedtetag.de, [@staedtetag](https://twitter.com/staedtetag)

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: Elke Postler Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,

Telefon: 02224/1874-510, Fax: 02224/1874-495, E-Mail: diederichs@medeya.de